



Dokumentation



Der folgende Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „EUROPÄISCHE SICHERHEIT“, Heft 11/2003, S. 59-60 u. Heft 12/2003, S. 62-63 entnommen:

37. Sicherheitspolitische Informationstagung

der Clausewitz-Gesellschaft an der Führungsakademie der Bundeswehr
in HAMBURG
Adolf Brüggemann

Über 350 Mitglieder und Gäste aus dem In- und Ausland konnte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, **General a.D. Dr. Reinhardt**, zur 37. Sicherheitspolitischen Informationstagung begrüßen, die am 15./16. August 2003 an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg-Blankenese stattfand. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, **General Wolfgang Schneiderhan**, ranghöchstes aktives Mitglied der Gesellschaft, hatte es sich trotz großer dienstlicher Belastung und zahlreicher Verpflichtungen nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahr auf der Tagung seine Beurteilung vorzutragen zum Thema: »Aktuelle Sicherheitspolitik und Lage der Bundeswehr«.

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte der Generalinspekteur fest, dass sich seit seinem letzten Vortrag vor der Clausewitz-Gesellschaft im August 2002 die Einsatzlage der Bundeswehr nicht wesentlich geändert habe. Die deutschen Streitkräfte seien mit ca. 9.000 Soldatinnen und Soldaten im Ausland im Einsatz. Diese Zahl an sich sei nicht sein Problem, sondern dass diese Kräfte an neun verschiedenen Einsatzplätzen und über drei verschiedene Kontinente verteilt im Einsatz stünden. Und jeder noch so kleine Einsatz ziehe immer Konsequenzen nach sich, vor allem in Bereichen, wo wir noch nicht so stark seien: im Fernmeldewesen, in der ABC-Abwehr, bei den Pionieren und in der Logistik. Immer wieder werde er gefragt, was diese Bundeswehr könne mit ihren 290.000 Soldaten, wenn sie immer gleich »an den Anschlag komme«. Es sei aber eben kein mathematisches Problem, sondern es gehe darüber hinaus. Erste Schritte zur Verbesserung seien bereits eingeleitet, und das Heer habe den Auftrag, sich vorrangig um die aufgezeigten Schwachstellen zu kümmern. Positiv beurteilte General Schneiderhan die Arbeit des Einsatzrates, der seit einem Jahr dem Generalinspekteur zur Seite gegeben worden sei, nachdem er für die Vorbereitung, Planung und Führung der Auslandseinsätze verantwortlich geworden sei. Die Inspektoren der Teilstreitkräfte, die Abteilungsleiter des Ministeriums und der Direktor des IT-Stabes seien in diesem Rat gleichwertige Partner. Aufgrund der Ergebnisse seiner Dienstaufsicht bei unseren zwischen Afghanistan und dem Balkan eingesetzten Truppteilen werde in nächster Zeit Einsatzcontrolling bei Personal, Material und Finanzen, bei Ablauf- und Aufbauorganisation der Einsätze ein vorrangiges Thema des Einsatzrates sein. Aufgrund der neuen Stellung des Generalinspektors habe sich die Führungsorganisation der

Bundeswehr, auch von der Leitung her, deutlich verbessert. Auch die Streitkräftebasis sei gut aufgewachsen und man habe sich überall daran gewöhnt, dass die einen den so genannten »Servicebereich« bildeten, die anderen die Truppen zu stellen hätten und die dritten den Einsatz führten. Ausreichende Bewerberzahlen für den Nachwuchs, quantitativ wie qualitativ ausreichend, zeigten, dass die Bundeswehr bei der Verbesserung der Bedingungen für die Qualifikation der Soldaten einen guten Weg beschreite. So sei aus seiner Sicht die Einführung der Fachunteroffizierlaufbahn die richtige Entscheidung gewesen. Auch die Dienstpostenbündelung bei den Unteroffizieren und die Anhebung der Kompaniechefs in der Besoldungsstufe gehörten zu diesen positiven Schritten. Nicht übersehen werden solle aber auch, was für erfolgreiche Anstrengungen im Bereich der Berufszufriedenheit, der Zusammenbindung mit den Familien und deren Betreuung unternommen würden. So funktionierten die Betreuungszentren gut und hätten sich in der Zusammenarbeit mit der Streitkräftebasis und der Militärseelsorge bewährt.

General Schneiderhan beleuchtete dann Maßnahmen im Rahmen der Umstrukturierung der Streitkräfte seit Ende des Kalten Krieges, die u.a. zu einer Reduzierung der Kampfpanzer um 83 Prozent im Zeitraum 1989–2006 führen würden. Hier sei dann aber auch eine Grenze erreicht, wenn das Heer einsatzfähig bleiben solle und dies nicht nur für einfache Peace Support-Operationen, sondern auch für andere Aufgaben. Für die Luftwaffe und die Marine würden ähnliche Relationen gelten. So sei bis jetzt die Anzahl der Kampfflugzeuge um rund 57 Prozent und die Anzahl der Schiffe um etwa 60 Prozent verringert worden. Natürlich seien einige Maßnahmen zum Teil auch sehr Betriebskosten orientiert gewesen, wie die Zusammenlegung der Fähigkeiten der Marineflieger mit der Luftwaffe, was ein Minus an zwei Tornado-Geschwadern bedeute, und die frühzeitige Außerdienststellung von 23 Schnellbooten. Eines vergesse er aber bei all diesen Maßnahmen nicht und darauf müsse und wolle er als Generalinspekteur Rücksicht nehmen, dass hinter all diesen Systemen Menschen stünden, denen jetzt nicht weniger zugemutet werde, als ihnen damals unter anderen Rahmenbedingungen bei einem größeren Streitkräfteumfang und mit einer schweren Ausrüstung zugemutet werden musste. Und deshalb gehe der eine oder andere Prozess vielleicht etwas langsamer, als mancher, der alles nur von außen betrachte, sich wünsche.

Mit der Kooperation zwischen Bundeswehr und Wirtschaft, die im Zuge der Bundeswehrreform in 2000 beschlossen worden sei, sei er trotz mancher guten Entwicklung insgesamt noch nicht zufrieden, fuhr der Generalinspekteur fort. So sei es nicht gelungen, über die mit der Wirtschaft beschlossenen Kooperationsmodelle, das Geld frei zu bekommen, das für die Reformen zugrunde gelegt worden sei. Es seien zusätzliche Probleme zu lösen, aber an der Kooperation mit der Wirtschaft führe überhaupt kein Weg vorbei. Es müssten moderne Kooperationsformen und moderne Finanzierungsformen für die Streitkräfte gefunden werden, um die Einsatzbereitschaft zu verbessern und – in die Zukunft orientiert – einsatzfähige, moderne und leistungsfähige Streitkräfte aufzubauen, die international anerkannt seien. Dem läge auch die Idee zugrunde, die Bundeswehr von den Aufgaben zu entlasten, die nicht zu den Kernfähigkeiten zählten.

Sehr positiv beurteilte General Schneiderhan Arbeit und Entwicklung der Fuhrparkservice Bundeswehr GmbH. Inzwischen habe die Bundeswehr ca. 8.000 moderne neue Kraftfahrzeuge; das Durchschnittsalter aller Kfz der Streitkräfte sei dadurch bereits von 12 auf 6 Jahre gesenkt worden, verbunden mit einer deutlichen Kostenreduzierung aufgrund geringerer Reparaturen und geringeren Treibstoffverbrauchs bei den neuen Fahrzeugen. Auch die Bekleidungsgesellschaft, in die alle 57 Kleiderkammern überführt worden seien, funktioniere gut. Im Jahre 2002 seien alleine durch den Abbau von Lagerbeständen 75 Mio. Euro eingespart worden. Und im Bereich des Verpflegungswesens sei die Bundeswehr unter der Zielsetzung »Besseres Essen für weniger Geld« auf einem guten Weg durch Einführung eines neuen Systems, mit dem durch Übernahme vorgefertigter Nahrungsmittel von Hotelstandard nicht nur Arbeit, sondern vor allem auch Personal eingespart werde, das so woanders eingesetzt werden könne. Auch bei der Wehrverwaltung sei die Streitkräfte reform gut angelaufen. Der zivile Personalabbau laufe nach Plan; dies sei allerdings ein sehr langer Prozess. Zu den Dingen aber, die nicht gut liefen in der Kooperation mit der Industrie, gehöre der Bereich der Heeresinstandsetzung mit Problemen von Vertrags- und Wettbewerbsrecht bis zu Ausschreibungen in der Europäischen Union. Die Verhandlungen mit der Industrie seien immer noch nicht abgeschlossen. Auf diesem Feld lägen große Probleme, z.B., dass das Personal, das hier abgebaut und zu Einsatzkräften umfunktionierte werden solle, nicht frei werde, dadurch zu einer kostenträchtigen Doppelstruktur führe und gleichzeitig den Aufwuchs der Einsatzkräfte beim Heer bremse. Auch das IT-Projekt HERKULES laufe nicht so, wie er es erwartet habe, hob der Generalinspekteur hervor. Er hoffe aber, dass in absehbarer Zeit die Bundeswehr in Kooperation mit der Wirtschaft damit klarkomme.

General Schneiderhan wandte sich dann den sicherheitspolitischen Herausforderungen zu und unterstrich, dass sich seit dem Jahr 2000, seit dem Beschluss über die Reform der Bundeswehr die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen verändert hätten und dem sei Rechnung zu tragen. Wir seien konfrontiert mit einer asymmetrischen, geographiefreien, nicht staatlichen Bedrohungs Komponente, auf welche die NATO aber schon reagiert habe. Die Übernahme des Kommandos über ISAF in Afghanistan liege genau auf dieser Linie. Sehr befriedigt äußerte sich der Generalinspekteur in diesem Zusammenhang auch über den Entschluss der NATO durch Bildung einer schnell verfügbaren »NATO Response Force«, einer ständig stehenden Einsatz truppe mit schließlich 22.000 Soldaten, genährt aus 26 Nationen, umgehend neuen Bedrohungen und Gefahren zu begegnen. Dies sei für ihn eine wichtige Entwicklung im Bündnis. Deutschland werde sich an der NATO Response Force aber zunächst nur mit Kräften der Luftwaffe und Marine beteiligen und erst auf weitere Sicht mit Führungsstäben und mit Verbänden des Heeres. Dieser schrittweise Aufbau neuer operativer Fähigkeiten geschieht in enger Abstimmung im Bündnis. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen machte General Schneiderhan dann u.a. deutlich, dass die jüngst erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien unseren Streitkräften eine neue Richtung, einen neuen Kurs gegeben hätten. Deutlich werde durch ihren

Inhalt aber auch, dass die neuen Aufgaben, wie Einsätze zur Konfliktverhütung und zur Krisenbewältigung bestimmte neue Fähigkeiten erforderten, die sich in der neuen Struktur und auch in der erforderlichen neuen Ausrüstung abbilden müssten.

Zum selben Thema legte dann anschließend, Frau **Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU, die für den Vortrag extra ihren Jahresurlaub unterbrochen hatte, ihre Auffassung dar. Sie machte u.a. unmissverständlich deutlich, dass Deutschland in seiner neuen Rolle als größtes Land Europas sich den damit verbundenen Pflichten und den großen Anforderungen, welche die aufwachsende Europäische Union stelle, nicht entziehen könne. Deutschland müsse sich seiner Führungsrolle in Europa bewusst werden und auch Bereitschaft zeigen, sie zu übernehmen.

Frau Dr. Merkel sprach sich aber auch dafür aus, dass Deutschland unter bestimmten Bedingungen, z.B. Mandat der Vereinten Nationen, Verantwortung im Irak übernehmen solle, wenn es dazu aufgefordert würde. Aufgrund der weltweiten terroristischen Bedrohung seien die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen dramatisch verändert. Im Gegensatz zum überwundenen, eher übersichtlichen Kalten Krieg mit zwei operierenden Lagern, hätten wir es jetzt mit einer Vielzahl und einer Mischung variierender Bedrohungsherde zu tun.

Während z.B. das damalige kommunistische Lager nicht willens gewesen sei, um den Preis der eigenen Vernichtung andere zu vernichten, seien die Terroristen dazu bereit. Sich mit dieser Art von Bedrohung auseinandersetzen und geeignete Lösungen zu finden, erfordere ein ganz anderes Herangehen, als wir es bislang gedacht und praktiziert hätten. Dies stelle uns vor keine einfache Aufgabe, sei mit Sicherheit keine rein militärische Frage, sondern eine Frage an alle, an die Staaten, die Gemeinschaften und die Gesellschaft. Die CDU-/CSU-Fraktionsvorsitzende bekräftigte während ihrer Ausführungen vor der Clausewitz-Gesellschaft noch einmal ihr Bekenntnis zur Beibehaltung der Wehrpflicht und lehnte ein Absenken unter neun Monate Dauer ab.

Der zweite Tag der Tagung begann mit einem Vortrag des Kommandeurs der FüAkBw, **Generalmajor Hans-Christian Beck**, zur »Lage der Führungsakademie«. In dem er sich mit Schwerpunkt auf Lehre und Schulung auf der Operativen Ebene konzentrierte, in deren Mittelpunkt eine Übungsserie stünde, die sich mit einem breiten Spektrum von Einsätzen befasste. Die inhaltlichen Überlegungen bezögen sich auf Szenarien im Mittelmeerraum, die den Herausforderungen der Zukunft möglichst nahe kommen sollten. Dabei werde die Geographie unverändert genutzt, die Staaten und politischen Grenzen ohne Anlehnung an vorhandene Realitäten gestaltet. Die Übungen in der Bandbreite High Intensity Conflict bis zu Low Intensity Conflict einschließlich terroristischer Bedrohungen seien so angelegt, dass die Rahmenlagen dynamisch weiterentwickelt werden könnten.

Die Stabsarbeit finde in englischer Sprache statt, unter Zeitdruck und mit dem Ziel eines abgestimmten Ergebnisses. Aus diesen Übungen hob Generalmajor Beck die Combined Joint Euro Exercise (CJEX), die inzwischen ihren festen Platz in der Generalstabs- und Admiralstabsausbildung gefunden habe, besonders hervor.

Jeweils im Mai des zweiten Lehrgangsjahres und als Abschluss der Übungsserie auf operativer Ebene würden die Lehrgangsteilnehmer mit den Akademien in Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien zu gleichen Teilen ausgetauscht; zehn Tage lang werde dann eine abgestimmte Ausbildung durchgeführt. Reihum sei jeweils eine der Akademien für die Weiterentwicklung der Übung zuständig; im nächsten Jahr werde dies Großbritannien sein. Bei dieser CJEX handele es sich im Gegensatz zum traditionellen Hörsaalaustausch um eine neue Qualität im europäischen Rahmen. Erstmals finde hier eine abgestimmte Ausbildung auf höchster militärischer Ebene statt, wobei wichtig sei, festzuhalten, dass es sich hier nicht um Ausbildung unter NATO-Mitgliedern handele, sondern um Ausbildung im europäischen Verbund. Derzeit werde eine Initiative der Niederlande geprüft, ob in diesem Übungsverbund eine zweite Fünfergruppe mit Belgien, Portugal, Dänemark und Schweden gegründet werden könne. Auch Polen habe bereits Interesse gezeigt.

Einen erheblichen Qualitätssprung in der Operativen Schulung sehe er, fuhr Generalmajor Beck fort, in der Mitarbeit von Senior Mentoren, erfahrenen ehemaligen Oberbefehlshabern, die durch ihre in der Praxis erworbenen Erfahrungen die Ausbildung unterstützten. Bisher hätten dabei die **Generale a.D. Hansen** und **Dr. Reinhardt** mitgewirkt. Auch das seit Oktober 2002 jährlich einmal stattfindende Seminar »Operative Führung für Generale, Admirale, General- u Admiralärzte« beurteile er gleichermaßen als bedeutsamen Schritt zur Steigerung der Effektivität auf der Operativen Ebene.

So beinhalteten die Aufgabenstellungen für die Seminarteilnehmer in dieser Übung ausschließlich Entscheidungen und Maßnahmen als Oberbefehlshaber auf dieser Führungsebene. Ergänzt würde das Seminar durch Fachvorträge deutscher Offiziere in internationalen und nationalen Verwendungen der Operativen Ebene.

Generalmajor Beck skizzierte dann die Arbeit und Entwicklung an der durch den Generalinspekteur in Auftrag gegebenen Weisung »Operative Führung von Einsätzen der Bundeswehr«. Die »Operative Leitlinie für Einsätze der Streitkräfte«, ein teilstreitkräftegemeinsames Dokument von 1999, genüge aufgrund der zum Teil völlig veränderten sicherheitspolitischen und organisatorischen Gegebenheiten nicht mehr.

Die Weisung solle als nationale Richtlinie für Führer und Offiziere in Stäben der Operativen Führung dienen. Sie werde eine Basis für die Vertretung deutscher Positionen in multi- und internationalen Stäben und Gremien sein sowie die Grundlagen für die Ausbildung der Operativen Führung legen. Generalmajor Beck sprach sich dann mit Nachdruck dafür aus, an der FüAkBw eine Einrichtung für Operative Studien zu schaffen, damit die deutschen Streitkräfte, insbesondere im internationalen Vergleich, auch in Operativen Fragen ausreichende Kompetenz ansammeln könnten.

Diese Einrichtung, ein »Think Tank«, oder wie im Bericht der Weizsäcker-Kommission gefordert, ein militärisches Studieninstitut, solle das vertiefte Befassen mit operativen Fragen fördern und auch auf Symposien und in der Publikation Kompetenz nachweisen. Der Einstieg sei zusammen mit dem Internationalen Clausewitz-Zentrum bereits gemacht durch Symposien und Veranstaltungen, die sich mit operativen Fragen aus der Sicht der Wissenschaft und der Streitkräfte befasst hätten.

Abschließend gab der Kommandeur der FüAkBw zunächst einen systematischen Überblick darüber, was in der Bundeswehr unter dem Stichwort »Simulation« zusammengefasst ist, um dann herauszustellen, dass auch die zukünftigen General-/Admiralstabsoffiziere während ihrer Ausbildung die Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung in Stäben auf der taktischen und operativen Ebene innerhalb eines hoch aggregierten simulierten Szenarios üben. Die bis dato eingesetzte Simulationssoftware bilde im Kern aber nur das herkömmliche Gefecht ab und entspreche deshalb nicht mehr in vollem Umfange den Fakten, den sich die Streitkräfte heute zu stellen hätten. So seien Krisenreaktion und Strategische Verlegung sowie zunehmend Führung und Durchführung von Joint and Combined Operations neue Aufgabenschwerpunkte.

An einer Modernisierung bzw. Weiterentwicklung der Simulationssoftware für die zukünftige Nutzung im Rahmen der Ausbildung an der FüAkBw werde bereits seit einiger Zeit gearbeitet. So erarbeite man z.B. zurzeit zusammen mit der Fa. IABG ein streitkräftegemeinsames Simulationsmodell, das in Zukunft auch Übungen der Peace Support Operations unterstütze. Mit diesem Mehrparteiensystem, bei dem neben den Friedenstruppen auch die ehemaligen Kriegsparteien, Polizeikräfte, NGO's, Partisanen, Bevölkerungsgruppen, Infrastruktur usw. abgebildet werden könnten, könne man nahezu alle komplexen Aktivitäten im Rahmen des Szenarios darstellen. Eine Testversion des Modells werde in einer ersten Übung im Fachbereich Führungslehre Heer noch im Herbst 2003 eingesetzt.

Kapitän z.S. a.D. Prof. Dr. Lennart Souchon, seit Dezember 2002 Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ) an der Führungsakademie, knüpfte in seinem Kurzvortrag an den Vorschlag von Generalmajor Beck an, bei der FüAkBw eine Einrichtung für Operative Studien zu schaffen. Das ICZ sei in seiner heutigen Gestalt bereits ein Forum für die geistige Aus-

einandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragen an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und Politik. Das ICZ solle ferner das Erbe des Militärphilosophen und Reformers Carl von Clausewitz wahren und zudem mit Universitäten im In- und Ausland kooperieren. Aufgabe des ICZ solle es außerdem sein, Praktikanten aus Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten zu betreuen und Promotionsbemühungen junger Offiziere während ihrer General-/Admiralstabsausbildung zu unterstützen.

Mit einer Reihe von Clausewitz-Gesprächen, Workshops und Symposien habe sich das ICZ mittlerweile in nationalen und internationalen Bereich einen guten Namen erworben. Es sehe sich in der wissenschaftlichen Forschung an der Seite und in Übereinstimmung mit der Clausewitz-Gesellschaft und wolle in einem Netzwerk Militär und Wissenschaft zusammenführen.

Frau **Dr. Ulrike Kleemeier**, Privatdozentin für Philosophie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, faszinierte das Auditorium mit ihrem brillanten Vortrag »Clausewitz: Soldat und Denker – Überlegungen zur Aktualität des Clausewitzschen Werkes«. Der vollständige Vortrag kann abgerufen werden im Internet unter: www.clausewitz-gesellschaft.de oder bei der Geschäftsführung angefordert werden.

Nüchtern, kritisch und realitätsnah beurteilte zum Abschluss der Vortragsreihe, **Dr. Thomas Enders**, Vice President, Mitglied des Executive Committee und Leiter der Defence and Civil Systems Division der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS), im ersten Teil seiner Ausführungen »Die deutsche Rüstungspolitik aus der Sicht der Industrie«. Die Bundeswehr als solche genieße immer noch ein sehr hohes Ansehen. Die deutsche Verteidigungs- und Rüstungspolitik aber habe in den letzten Jahren sehr viel Kredit verspielt; und der Zeitansatz beziehe sich für ihn nicht nur auf die letzten anderthalb Legislaturperioden. Das Drama, das sich z.B. um den Airbus 400M über Jahre abgespielt habe und andere ähnliche Vorgänge, spiegelten diesen Eindruck wider und ließe die Deutschen in der Wahrnehmung unserer europäischen Partner zunehmend als unsichere Kantonisten erscheinen. Kritisch gesehen würden auch die Reformansätze bei der Bundeswehr; am Ende seien sie bisher entweder gescheitert oder nur halb umgesetzt worden.

Er erinnere nur an Scharpings Rahmenvertrag mit der Industrie. In der deutschen Wirtschaft und Industrie sei man sehr enttäuscht darüber, was aus diesem Rahmenvertrag geworden sei. Dann gebe es bei den Entscheidungsträgern ein nur geringes Verständnis für ökonomische und unternehmerische Notwendigkeiten.

Im militärischen Bereich begegneten ihm heute mehr Verständnis für ökonomische und unternehmerische Notwendigkeiten als das in der Administration und bei den politischen Entscheidungsträgern der Fall sei. Der CPM 2001 (Customer, Product, Management 2001)spiegele

zumindest in Teilen dieses geringe Verständnis für ökonomische Notwendigkeiten wider. Besonders frappierend fänden z.B. europäische Kollegen die Distanz zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Industrie – Distanz auch in der Öffentlichkeit; nirgendwo sei das so ausgeprägt wie in Deutschland. Auch unter diesem Aspekt sei dagegen die Zusammenarbeit zwischen Militär und Industrie nach wie vor hervorragend. Dr. Enders ging dann über zu dem gesetzgeberischen Vorhaben der Bundesregierung, durch eine Modifizierung des Außenwirtschaftsgesetzes den Verkauf von mehr als 25 Prozent Anteilen an einem Rüstungsunternehmen an so genannte Gebietsfremde unter Regierungsvorbehalt zu stellen. Die Industrie fordere zumindest, dass dies nicht für europäische Unternehmen gelten dürfe, denn wie wolle man sonst auf diesem Feld Europäisierung vorantreiben.

Die gesamte deutsche, privatwirtschaftlich organisierte Rüstungsindustrie, mit dem BDI an der Spitze, laufe gegen das Vorhaben Sturm. Ihm sei unklar, wie man die Einhaltung dieses Gesetzes überwachen und kontrollieren wolle, u.a. bei Verkauf von Aktien im Streubesitz. Das Ergebnis werde eine neue Bürokratie für die Überwachung dieser gesetzlichen Bestimmungen sein.

Besorgt mache ihn, unterstrich Dr. Enders, die Perspektivlosigkeit in der Rüstungsindustrie angesichts der Budgetlage unter Budgetperspektiven. Das sähen übrigens viele europäische Partner und Wettbewerber genau so. Die dramatische Unterfinanzierung im Forschungs- und Technologiebereich gebe diesen Partnern insbesondere zu denken, denn das Ergebnis dieser Forschung seien ja die Produkte und Fähigkeiten von morgen und übermorgen. Die Reduzierung der Mittel für den Forschungs- und Technologiebereich bzw. die Unterfinanzierung habe in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Dies werde mittlerweile auf der politischen Entscheidungsebene zwar auch als Defizit betrachtet, ein Trend in die Gegenrichtung sei aber bisher nicht zu erkennen.

Und wenn er seine Punkte – er könne durchaus noch mehr anführen – ganz provokant zusammenfasse, dann sei das die Wahrnehmung der deutschen Bundeswehr oder besser gesagt, der deutschen Verteidigungspolitik: unterfinanziert und konzeptionslos erstarrt und in der Rüstungskooperation ein unzuverlässiger und uninteressanter Partner.

Im zweiten Teil seines Vortrags beleuchtete Dr. Enders das Thema »Network Centric Warfare und die Transformation«. Es läge auf der Hand, dass gerade für Streitkräfte, die nicht überreichlich mit finanziellen Ressourcen ausgestattet seien, die Vernetzung aller modernen technischen Möglichkeiten mit den militärischen Führungs- und Entscheidungsfähigkeiten einen großen Vorteil brächten.

Die Transformation in unseren Streitkräften werde aber nur gelingen bei einer äußerst engen Zusammenarbeit zwischen Militär und Industrie, die übrigens in den USA selbstverständlich sei,

und bei einer internationalen Zusammenarbeit im Verbund, die zumindest auf der europäischen Ebene abgestimmt sei.

In seinem **Schlusswort** betonte der **Präsident der Clausewitz-Gesellschaft**, dass alles, so auch die Bundeswehr, immer in Bewegung bleiben werde. Die Rahmenbedingungen seien in stetiger Veränderung, und wir müssten uns darauf einstellen. Die Zwänge der Politik, aber auch das Geld seien dabei entscheidende Faktoren. So sei eigentlich auch schon klar, dass die Ausgaben in der Zukunft für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die, wie immer, alle zu Lasten des Verteidigungshaushalts gingen, mit Sicherheit die Haushaltsmittel für zukünftige Investitionen beschränken würden.

Er sei aber auch sicher, dass unter dem gleichen Aspekt »alles ist in Bewegung«, die angefachte Diskussion über eine mögliche Rolle der NATO im Irak im Ergebnis nicht an der Bundeswehr vorbeigehen würde.

Oberst a.D. Adolf Brüggemann ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und Beauftragter des Vorstands für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit